

Der Koalitionsvertrag ist eine vertane Chance für die Bildung in Deutschland

Stellungnahme zum Abschnitt Bildung im Koalitionsvertrag 2025

Nicole Gohlke, MdB (Die Linke)

Der Koalitionsvertrag der neuen Schwarz-Roten Koalition lässt leider nicht die dringend benötigte Trendwende für das Bildungssystem erwarten.

Denn obwohl offensichtlich eine gewisse Bereitschaft zu Investitionen besteht, werden keinerlei Bildungsstrukturreformen angestrebt. Daran lässt das vorangestellte „Bekenntnis zum Bildungsföderalismus“ keine Zweifel. Stattdessen soll sich eine Kommission Gedanken über die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen machen. Wann solche Kommissionen zu signifikanten Veränderungen geführt haben, lässt sich leider an einer Hand abzählen ... Die Idee dieser Kommission sieht also eher nach einer Verschleppungstaktik aus.

Dabei braucht es jetzt Lösungen! Jetzt weiterhin am dysfunktionalen Wettbewerbsföderalismus und an der Symptombekämpfung mittels befristeten Bundes- oder Bund-Länder-Programmen festzuhalten, ist fatal.

Im Kontext der Investitionsbereitschaft, die sich im Infrastruktursondervermögen zeigt, hätte es an dieser Stelle Mut gebraucht, das Kooperationsverbot in der Bildung endlich zu beenden, eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz zu verankern und ein bundesweites Bildungsrahmengesetz zu schaffen!

Natürlich ist zu begrüßen, wenn zusätzliche Gelder aus dem Sondervermögen für Sanierung von Schulen bereitgestellt werden – doch dieses Geld wird vorne und hinten nicht ausreichen. Das ist bereits jetzt klar.

Der Bund greift bei der Finanzierung weiterhin auf die (Un-)Kultur zurück, Programme aufzulegen. Dass bei solchen Programmen wieder die Frage aufkommen wird, welche Länder die Gegenfinanzierung überhaupt stemmen können, steht außer Frage. Damit ist für die Länder und Kommunen klar, dass es weiterhin nur darum gehen wird, Altes zu verwalten.

Fast gar nicht thematisiert wird, dass es deutlich mehr Personal braucht und wo dieses herkommen soll. Dringend notwendig wäre eine groß angelegte Ausbildungs-offensive – ein Thema, das der Bund nicht alleine den Ländern oder der KMK überlassen darf.

Ebenfalls deutlich zu kritisieren ist, dass es keinerlei konkrete Zielsetzungen gibt, an denen sich die Koalition messen lässt. „Grundschul Kinder, die die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen verfehlen, sowie die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss“ sollen „deutlich reduziert“ werden. Vorgaben, wie viel Geld aus dem Sondervermögen in die Schulsanierungen fließen soll, fehlt ebenfalls.

Es muss wohl traurigerweise davon ausgegangen werden, dass auch diese Koalition den Stellenwert der Bildung völlig verkennt und die kommenden vier Jahre für das Bildungssystem weitere Jahre der Stagnation werden. Umso wichtiger wird die Rolle der Zivilgesellschaft dabei sein, der Koalition konkretere Versprechen als dies im Koalitionsvertrag beschrieben ist, abzurufen und die Koalition zum Handeln zu bewegen.